



Ausschuss für Europa und Internationales

2. Sitzung (öffentlich)

29. September 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 11:20 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Die Europa- und Internationale Politik der Landesregierung NRW in der 17. Wahlperiode

3

Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEM) trägt einen Bericht vor.

2 Stand der Partnerschaft zwischen der Woiwodschaft Schlesien, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Region Hauts-de-France (Regionales Weimarer Dreieck) 13

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/174

Bericht von Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEM),
Aussprache.

* * *

Aus der Diskussion

1 Die Europa- und Internationale Politik der Landesregierung NRW in der 17. Wahlperiode

Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales

Vorsitzender Dietmar Brockes merkt an, es sei üblich, dass zu Beginn der neuen Legislaturperiode in den Fachausschüssen die sogenannte „Kleine Regierungserklärung“ gehalten werde. Er bitte den Minister vorzutragen. Heute werde der Ausschuss dazu keine weiteren Beratungen führen. Wenn einzelne Sachfragen da seien, könnten die sicherlich geklärt werden. Die Aussprache dazu werde in der nächsten Sitzung erfolgen.

Der **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales, Dr. Stephan Holthoff-Pförtner**, trägt vor:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich sehr herzlich, dass ich die Gelegenheit nehmen darf und Ihnen heute die europapolitischen und internationalen Schwerpunkte der Landesregierung vorstelle. Ich freue mich auch für die zukünftigen Sitzungen auf eine Diskussion mit Ihnen und auf eine kritische Begleitung dessen, was wir vorschlagen und was wir für wichtig und richtig halten.

Ich war im Juli Gast in Aachen bei der Eröffnung der CHIO. Es ist für mich als Nordrhein-Westfale und als Ruhrgebietler eine große Freude, die vielen unterschiedlichen Sprachen zu hören – natürlich schwerpunktmäßig aus dem BeneluxRaum. Es ist völlig selbstverständlich, dass der Moderator in drei Sprachen durch das Programm führt. Das ist ein Verständnis von Freundschaft, von Weltoffenheit, die mir persönlich große Freude macht, die ich für sehr zukunftsweisend und für sehr menschlich halte. Ich will damit sagen: Internationalität ist bei uns alltäglich im Leben, das war auch alltäglich in meiner Jugend, in der Schule. Im Ruhrgebiet sind Sie international, ohne es besonders zu merken, groß geworden, und auch das Verständnis ist so gewesen.

Unsere wirtschaftliche Verflechtung reicht schon im 19. Jahrhundert weit über Europa hinaus. Unsere Industriegeschichte wurde seit weit über 100 Jahren in sehr starkem Maße durch Einwanderung geprägt. Internationalität und kulturelle Vielfalt begegnen uns ständig und bereichern unsere Freizeit.

In der Freizeit, in Vereinen, bei der Arbeit in Unternehmen, im Sport, überall ist die Vielfalt eine große Bereicherung unserer Gesellschaft, und Europa ist Garant dieser Gesellschaft und dieser Vielfalt. Das müssen wir uns oft bewusst machen und klar-

machen, denn die Geschichte ist gar nicht so alt, dass wir friedlich miteinander leben, dass wir ohne Schlagbäume leben. Auch der „Grüne Punkt“, der erste Anfang von Schengen, war ein zarter Versuch zu dieser Offenheit, die wir heute wie selbstverständlich leben. Dabei ist Nordrhein-Westfalen die siebtgrößte Volkswirtschaft der EU geworden, und das sind wir sicherlich in dieser Offenheit und dieser Vielfalt geworden. Dies macht deutlich, Nordrhein-Westfalen ist ein Modellfall für Europa. In Deutschland sind wir als gelernte Föderalisten geradezu die Fankurve eines offenen Europas.

Konkret: Meine eigene Lebenswirklichkeit ist ebenso wie die vieler meiner Freunde völlig normal. Wir leben Europa, auch wenn wir es manchmal zu Recht, manchmal zu Unrecht zu kritisch diskutieren. Wir leben mit einer gemeinsamen Währung, wir leben mit offenen Grenzen, ohne sie überhaupt wahrzunehmen, und wir gehen völlig selbstverständlich in Nachbarländern einkaufen. Ich gehöre einer Generation an, die seit 70 Jahren ohne Krieg leben durfte, die friedlich zusammen lebt. Das ist eine Epoche, die in Europa ihresgleichen sucht.

Dennoch wird Europa nicht so gewürdigt, wie es das oft verdient hätte. Für Nordrhein-Westfalen aber ist die Einbindung in Europa existenziell, und Europa ist auch die Zukunft von Nordrhein-Westfalen. Daran müssen wir, die Landesregierung, das Parlament, Sie und die Zivilgesellschaft offen und konstruktiv arbeiten, für kritische Gedanken offen sein, aber das Ziel nicht aus den Augen verlieren. Wichtig ist mir dabei, Europa zu stärken und von mehr Bürgern her und für Bürger zu denken. Wenn ich zum Beispiel an den Grenzraum Aachen denke, an das Atomkraftwerk in Belgien, dann macht man sich zu Recht Sorgen darüber, dass wir keine Gestaltungsmöglichkeiten in der Nachbarschaft haben.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass Herr Juncker ein stärkeres Europa gefordert hat. Ein stärkeres Europa heißt nicht, die Nationalstaaten stärker an die Leine zu legen, sondern die Gemeinschaft stärker zu machen, aus Stärke zu legitimieren. An dieser Stelle wäre es sicherlich zu begrüßen, wenn die Kommission legitimiert wäre, gegen den Meiler in Belgien vorzugehen.

Die Landesregierung leitet daraus den Auftrag ab, die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union weiterzuführen. Sicher ist es ermutigend, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ein offenes und tolerantes Europa fordern. Es bleibt aber Aufgabe, den Mitbürgern und Menschen zu verdeutlichen, wo wir ohne Europa stehen würden.

Dazu setzt die Landesregierung einen Schwerpunkt auf die gezielte Stärkung der Zivilgesellschaften in Europa. Zusätzlich werden wichtige europapolitische Projekte, in denen ein starker Beitrag zur Steigerung des Europagedankens in der Gesellschaft geleistet wird, weiter finanziell gefördert, sei es im Rahmen der Europawoche oder durch das Format Europa bei uns zu Hause.

Erfolgversprechend ist auch die gute Arbeit in den Europaschulen mit den Jean Monnet-Lehrstühlen an den Universitäten und den Kommunen. In Netzwerkveranstaltungen wird Nordrhein-Westfalen die Akteure untereinander in Verbindung bringen, um das Voneinander-Lernen, Best Practice, zu fördern und das Europaprofil

noch weiter zu schärfen. Bei all diesen Formaten sehen wir viel Potenzial, die Idee der europäischen Einigung in der nordrhein-westfälischen Zivilgesellschaft noch stärker zu verankern.

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Kommissionspräsident Juncker hat Anfang März fünf Szenarien für die EU im Jahre 2025 vorgestellt. In seiner Rede zur Lage der Union hat er diese Vorschläge konkretisiert. Ich bin ihm dankbar dafür, dass er sich so klar und deutlich für ein stärkeres, aber auch für ein demokratischeres Europa ausgesprochen hat. Politischen Mut zeigt er mit seinem Vorschlag, exakt zum vorgesehenen Austritt Großbritanniens am 30.03.2019 einen weiteren Vertiefungsschritt einzufordern. Der Schengenraum, die Banken-Union und der Euro sollen zur europäischen Normalität werden. Trotz sicherlich berechtigter Kritik in einzelnen Vorschlägen finde ich, dass er mit dieser Überlegung ein starkes Signal gegen eine mögliche Zersplitterung der EU setzt.

Als bedeutendste Wirtschaftsregion Europas hat NRW den Anspruch, eigene Ideen und eine eigene Vision für die Zukunft der EU und für die Rolle des Landes in der EU zu entwickeln und einzubringen. Nordrhein-Westfalen wird sich daher intensiv an der Debatte zur Zukunft der EU beteiligen. Unser Ziel ist eine starke, eine bürgernahe und eine handlungsfähige Union.

Ein aktuelles Beispiel für die Fusionsankündigung von Thyssenkrupp und Tata Steel ist eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa. Die Weichenstellungen werden in Brüssel getroffen. Dazu zählen die Diskussionen um den europäischen Emissionshandel sowie mögliche Außenhandelsinstrumente. Wir setzen uns diesbezüglich für die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen ein, die die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie nachhaltig sichern. Dies hat NRW auch in der Vergangenheit in vielfältiger Weise in Brüssel getan, insbesondere die Verhandlungen zum Emissionshandel zeigen dies.

Zu dem Thema „Brexit“ und dem geplanten Abschluss der Austrittsverhandlungen: Sollte es zu einem harten Brexit kommen, wird NRW auf vielfältige Weise betroffen sein, insbesondere, was unsere Wirtschaft angeht. Denn als Wirtschaftspartner ist das Vereinigte Königreich für Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung. 13 Milliarden € Export und 9 Milliarden € Importvolumen im Jahr 2016 sprechen eine deutliche Sprache. Über 22 % aller britischen Unternehmen in Deutschland haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Das sind 1.600 britische Unternehmen mit über 49.000 Arbeitsplätzen. Gleichzeitig werden wir die Alltagsprobleme der vom Brexit betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen nach dem Brexit im Blick behalten und im Rahmen unserer Möglichkeiten Hilfe anbieten.

Uns werden drei Probleme auch nach dem Brexit bleiben, nämlich das Problem Nordirland, das Problem der EU-Bürger in Großbritannien und das Problem britischer Freunde hier bei uns in der EU. Nordrhein-Westfalen wird nach Möglichkeit Hilfe anbieten.

Mit der Einsetzung eines Brexit-Beauftragten werden wir dazu beitragen, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen auf die Folgen des Brexit

vorzubereiten und gemeinsam neue Perspektiven zu entwickeln. Klar ist dabei, dass die tiefe Verbundenheit zwischen dem Vereinigten Königreich und Nordrhein-Westfalen über den Brexit hinaus Bestand haben wird, auch wenn vieles davon abhängen wird, wie die Beziehungen mit der EU künftig geregelt werden. Großbritannien ist und bleibt Europa.

Im nächsten Jahr wird mit der Vorlage der Vorschläge für die nächste Finanzperiode 2020 bis 2027 wieder eine der größten und großen harten Verhandlungsrunden auf europäischer Ebene beginnen. Die Ausstattung der einzelnen Rubriken spielt auch für Nordrhein-Westfalen eine große Rolle. Das Land setzt einige Fördermittel wie den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds mit insgesamt 2,4 Milliarden direkt um. Andere Mittel wie die Unterstützung durch das Forschungsrahmenprogramm konnten mit bisher über 550 Millionen € eingeworben werden.

Auch Direktzahlungen aus dem Topf der gemeinsamen Agrarpolitik fließen an Landwirte in Nordrhein-Westfalen. Wir werden daher sowohl gegenüber der in den MFR-Verhandlungen federführenden Bundesregierung als auch gegenüber den europäischen Institutionen die eigenen Interessen an einer angemessenen finanziellen Ausstattung bestimmter Politikfelder deutlich artikulieren.

Für die Landesregierung spielen die bilateralen internationalen Beziehungen bei der Gestaltung der Zukunft Europas eine wichtige Rolle. Deshalb werden wir die internationale Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der Benelux-Union, in Frankreich und in Polen und die Zusammenarbeit mit den französischen und polnischen Partnerregionen Hauts-de-France und Schlesien im Regionalen Weimarer Dreieck weiter verbessern.

Welchen hohen politischen Stellenwert der Beneluxraum für die Landesregierung einnimmt, wird schon deutlich, dass der Ministerpräsident Armin Laschet seine erste Auslandsreise Anfang dieser Woche in die Niederlande unternommen hat und dort mit seiner Königlichen Hoheit Willem-Alexander und dem Ministerpräsidenten Rutte zusammengetroffen ist. Die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn werden wir natürlich fortführen. Aber wir sind sehr ehrgeizig und werden das Potenzial, das in einer engen Vernetzung mit unserem Nachbarn steckt, konsequent nutzen, Potenzial, das bisher nicht voll ausgeschöpft wurde. Deswegen werden wir regelmäßige Regierungskonsultationen abhalten. Das ist ein absolutes Novum und wird als ein Zeichen der niederländischen Regierung verstanden. Beziehungen zu den Niederlanden haben für uns Priorität.

Auch in einer Verbesserung der wirtschaftlichen Kooperation stecken viele Chancen. Dafür müssen wir auch bestehende Hindernisse, die in dem gemeinsamen grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum und Arbeitsmarkt bestehen ausräumen. Zielgerichtet abbauen müssen wir die Hindernisse im grenznahen Verkehr.

Ein wichtiger Baustein ist die Sicherung von vorhandenen Beratungsstrukturen für Grenzpendler und auch die Beratung der Arbeitgeber. Darüber hinaus muss allerdings auch eine systematische Identifikation der Probleme gerade für Grenzpendler erfolgen. Hier werden wir das 3+3-Format, also Treffen zwischen den Kommissaren

und den Regierungspräsidenten, an denen ich beabsichtige, regelmäßig teilzunehmen, verstärken. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist kein Selbstläufer. Deswegen freue ich mich besonders, dass unsere Landesvertretung in Brüssel am 11. Oktober unsere niederländischen, flämischen und niedersächsischen Kollegen zu einem Erfahrungsaustausch über grenzüberschreitende Projekte empfängt. Besonders begrüße ich, dass das Item-Institut aus Maastricht, das sich mit rechtlichen Aspekten von Grenzfragen auseinandersetzt, seine Jahreskonferenz am 10. November in Düsseldorf abhalten wird. Wir unterstützen dies aktiv. Ich lade Sie bereits herzlich ein, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Um unsere Ziele zu erreichen, setzen wir aber noch früher an. Nur, wenn die Grenze bereits von Klein-auf nicht als Hindernis, sondern als Chance gesehen und erfahren wird, nur wenn die unterschiedliche Sprachen und Gepflogenheiten Normalität werden, nur wenn sich bereits Kinder selbstverständlich diesseits und jenseits der Grenze bewegen, werden wir mittel- und langfristig zu einem echten gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraum zusammenwachsen. Deswegen werden wir den grenzüberschreitenden Besuch von Kitas, von Schulen fördern und eine grenzüberschreitende Bildungsstrategie entwickeln.

Schulbildung führt zu Studium und zur Wissenschaft. Und auch dies haben wir im Blick, indem wir grenzüberschreitende Studiengänge und gemeinsame Wissenschaftsregionen ausbauen werden. Offene Grenzen bringen aber auch Herausforderungen, etwa im Bereich Kriminalität, mit sich. Es gilt hier, dass offene Grenzen keine Einladungen an Straftäter sein dürfen. Wir werden nicht nur mit der Bundespolizei, sondern auch mit den Polizeibehörden unserer Nachbarländer zusammenarbeiten und uns verstärkt abstimmen. Gemeinsam mit den Niederlanden werden wir prüfen, ob wir mit der niederländischen nationalen Ebene einen strukturierten Dialog zu herausragenden Phänomenen der organisierten Kriminalität aufbauen werden. Ein Ergebnis des Besuchs von Ministerpräsident Laschet in den Niederlanden war, dass wir den Austausch von Polizeibeamten verstärken werden. Wir werden Polizeibeamte zunächst für ein Jahr in die nationale Polizei der Niederlande entsenden.

Wir möchten aber nicht nur miteinander arbeiten, sondern auch voneinander lernen. So hat unsere Regierung aufmerksam registriert, dass die Niederlande im Bereich Brückenbau und Brückensanierung sehr effizient arbeiten. Ministerpräsident Armin Laschet hat deswegen in seinem Gespräch mit dem niederländischen Botschafter vereinbart, dass wir diesen Erfahrungsaustausch zu unserem eigenen Nutzen intensivieren werden.

Jenseits der bilateralen Zusammenarbeit möchten wir noch zum Schluss darauf hinweisen, dass sich unsere Zusammenarbeit mit der Benelux-Union zum zehnten Male jährt, eine Kooperation, die von Ministerpräsident Rüttgers initiiert und eingegangen wurde. Dieses Jubiläum werden wir zum Anlass nehmen, um Geleistetes sichtbar zu machen und der Zusammenarbeit noch mehr Raum zu geben. Ich lade Sie herzlich ein, an der Intensivierung mit der Kooperation im Benelux-Raum mitzuarbeiten und sie mit zu stärken.

In den nächsten Tagen wird Staatssekretär Dr. Speich eine Reise nach Lille planen und durchführen. Ein wichtiges Thema wird die Erneuerung der Partnerschaft mit Hauts-de-France sein, nach deren administrativer und politischer Neuaufstellung.

Die Beziehungen zu Polen spielen seit jeher für Nordrhein-Westfalen aufgrund der hier lebenden halben Million polnisch stämmiger Menschen eine besondere Rolle. Dies drückt sich in einer Vielzahl von engagierten Akteuren und Aktivitäten aus, die wir weiterhin begleiten und im Rahmen des Möglichen auch finanziell fördern werden. Seit 2009 hat Nordrhein-Westfalen den deutschen Vorsitz in dem Integralen Ausschuss der Deutsch-Polnischen Regierungskommission. Der Ausschuss bietet eine gute Möglichkeit zum Dialog mit Polen – und dies auch zu schwierigen Themen. Deshalb habe ich den Ko-Vorsitz in diesem Ausschuss selbst übernommen. Mir ist wichtig, gerade in der Zeit nicht ganz einfacher Beziehungen zu Polen, diese zu Deutschland, zur EU zu festigen und zu halten. Zudem werden wir prüfen, ob eine Wiederauflage des NRW-Polen-Jahres möglich ist.

Ich habe eingangs betont, Nordrhein-Westfalen hat immer schon international gedacht und gehandelt. Dies gilt für Politik ebenso wie für Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft. Den Menschen in unserem Lande liegt nicht nur Europa im Blut, wir schauen auch über Europa hinaus. Dieser weite Blick ist nötig, wenn wir unseren Wohlstand und unsere Stabilität erhalten wollen. Und je mehr wir durch die Medien über globale Phänomene erfahren – wie zuletzt den Pfad der Verwüstung, den die Wirbelstürme „Irma“ und „Maria“ in der Karibik und in Florida angerichtet haben, sicherlich durch die Wassererwärmung, für die wiederum der globale Klimawandel verantwortlich ist, desto klarer ist es für uns alle, dass niemand von uns alleine lebt. Dem trägt auch die Landesregierung Rechnung, denn sie verfolgt im internationalen Interesse gezielt Partnerschaften und andere Formen der Zusammenarbeit mit einer Reihe von Schwerpunktländern.

Die Zusammenarbeit werden wir in diese Legislaturperiode ausbauen, aber ohne uns zu verzetteln. Wir konzentrieren uns auf Länder, Regionen und Themen, die für uns besonders interessant und vielversprechend sind. Dabei orientieren wir uns auch an der von den Vereinten Nationen im September 2015 verabschiedeten Agenda 2030 mit 17 nachhaltigen Entwicklungszielen. Denn gerade die 17 Partnerschaften machen deutlich, dass wir die von der Agenda 2030 vorgesehene umfassende Transformation der Lebensbedingungen auf diesem Planeten nur gemeinsam erreichen werden. Die Agenda 2030 liefert uns Leitlinien für unsere internationale Zusammenarbeit sowohl mit unseren traditionellen Wirtschaftspartnern als auch mit Ländern des globalen Südens. Themen wie „Wirtschaftskooperation, Bildung und Wissenschaft“ spielen in unserer internationalen Zusammenarbeit ebenso eine Rolle wie Aktivitäten zum Klimaschutz, zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und zur Förderung guter Regierungsführung.

Lassen Sie mich noch kurz einen Blick auf wichtigste Partner darstellen: Die transatlantische Zusammenarbeit und der Austausch mit unseren Partnern Nord- und Südamerika zählen zu den wichtigsten Eckpfeilern der internationalen Beziehungen unseres Landes. Das gilt besonders für Nordamerika und die USA. Zu keiner ande-

ren Region außerhalb Europas hat Nordrhein-Westfalen vergleichbar enge Beziehungen. Die bestehenden Kontakte bieten beste Chancen für eine weitere Intensivierung. Bereiche wie Wirtschaft, Wissenschaft haben hohes Potenzial für einen noch engeren Austausch speziell mit Blick auf das Thema „Digitalisierung“. Nordrhein-Westfalen befindet sich aktuell in einer guten Ausgangsposition, um seine Beziehungen mit den Ländern Süd- und Lateinamerikas im Bereich Wirtschaft und Wissenschaft weiter auszubauen. Hier sehe ich die Chance, dass wir uns alle als aktiver und verlässlicher Partner für die wirtschaftsstarken Länder, vor allem Brasilien, Argentinien, Chile, Kolumbien und Mexiko, etablieren.

In Asien ist nach wie vor Japan der wichtigste strategische Partner des Landes. NRW hat heute die drittgrößte japanische Gemeinde in Europa, nach London und Paris. Insbesondere in Düsseldorf besteht eine stark ausgeprägte japanische Infrastruktur. Dass das japanische Generalkonsulat in Düsseldorf im Jahre 2017 bereits 50 Jahre besteht, belegt die lange Kontinuität und Stabilität der Beziehungen. Diese bewährte Partnerschaft und Freundschaft mit Japan werden wir stärken und in allen Bereichen, vor allem Wissenschaft, Wirtschaft, Forschung, Energie, Umwelt wie Bildung und Kultur, ausbauen.

Gleichzeitig ist absehbar, dass Chinas politische Bedeutung und sein Einfluss in der Welt aufgrund seiner dynamischen Wirtschaftsentwicklung weiter wachsen werden. Auch Nordrhein-Westfalen hat deshalb seine Beziehung zu China in den letzten Jahren deutlich intensiviert. Dies zeigt sich auch darin, dass es seit 2015 ein eigenes Chinesisches Generalkonsulat in Düsseldorf gibt. Auch die chinesische Gemeinde in NRW wächst stetig und ist heute schon die größte Deutschlands. Diese guten und engen Beziehungen mit China werden wir auch weiterhin pflegen und fortentwickeln.

Für die beiden Länder Japan und China gilt, dass wir uns sehr darüber freuen, dass so viele Bürgerinnen und Bürger dieser Staaten bei uns eine Heimat gefunden haben. Sie bereichern unser Land in vielerlei Hinsicht nicht nur unter wirtschaftlichen Aspekten, sondern ganz besonders auch unter zivilgesellschaftlich-kulturellen Perspektiven. Gerne werde ich mich auch persönlich für den Ausbau der Kontakte zur japanischen und chinesischen Gemeinde in Nordrhein-Westfalen einbringen.

Nordrhein-Westfalen pflegt – wie Sie wissen – seit Jahrzehnten eine enge Beziehung mit Israel über alle Regierungen hinaus. Vor dem Hintergrund der Shoah sind wir uns der besonderen Verantwortung Deutschlands bewusst. Ziel der Landesregierung ist es daher, die feste Bande zwischen den Ländern zu erhalten und die Menschen miteinander in Kontakt zu bringen. Daher haben wir uns drei Schwerpunkte herausgesucht, die wir in den kommenden Jahren weiter vertiefen werden: die Förderung von Austausch und Begegnung, die Förderung der Erinnerungskultur und Verständigung zwischen arabischer und jüdischer Bevölkerung vor Ort.

Hinzu kommt das Bestreben, den Zusammenhalt mit Blick auf die junge Generation, die in beiden Ländern heranwächst, weiterzuentwickeln. Gerade für junge Menschen wird neben den gerade genannten Fragen zunehmend auch der Gedanke enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit immer wichtiger. Diese Aspekte wollen wir

in Zukunft verstärkt in die Zusammenarbeit integrieren. Zudem werden wir den Dialog zwischen Palästinensern und Isareliten fördern und dieses als ein besonderes Projekt der Landesregierung unterstützen.

Aber auch in den arabischen Ländern werden wir uns engagieren, besonders im Bereich Bildung, Gesundheit, Arbeit, Wirtschaft und Sicherheit. Die Destabilisierung weiter Teile des Nahen Ostens und Nordafrikas nach dem Scheitern des „Arabischen Frühlings“ und die daraus resultierenden Fluchtbewegungen stellen die Weltgemeinschaft vor große Herausforderungen, die auch wir hier in Nordrhein-Westfalen nicht ignorieren werden. Deshalb haben wir bereits in der Vergangenheit vor Ort gezielt Hilfe in Ländern wie Jordanien, Libanon und Syrien geleistet.

Das Ziel einer Bekämpfung von Fluchtursachen ist eines, das wir als Weltgemeinschaft nur mit einer langfristig angelegten gemeinsamen Kraftanstrengung erreichen können. Ziel muss es sein, dass Menschen eine gute Zukunft in ihrer Heimat sehen und sich nicht auf lebensgefährlichem Wege in entfernte Länder begeben, weil die Lebensgefahr auf der Flucht geringer ist als die Lebensgefahr im eigenen Lande. Auch wenn dabei in erster Linie andere Akteure gefragt sind wie die Bundesregierung, die EU und die UN, wird sich Nordrhein-Westfalen der Verantwortung nicht entziehen. Das kann heißen, Menschen in Krisenstaaten zu Konfliktberatern auszubilden, wie es das „Forum zivile Friedensdienste“ in Köln mit Unterstützung durch die Landesregierung tut.

Das kann aber auch heißen, sich als Bürgerin oder Bürger in der Kommune in Partnerschaften im globalen Süden einzubringen und dabei zu lernen, den eigenen Lebensstil auf Nachhaltigkeit zu hinterfragen, und zwar im eigenen Interesse genauso wie im Interesse der Menschen im globalen Süden. Als Landesregierung sind unsere Mittel begrenzt. Aber im Rahmen des Möglichen werden wir tun, was wir können.

Lassen Sie mich unsere Unterstützung am Beispiel Jordaniens erläutern. Die jordanische Statistikbehörde geht von über 1,2 Millionen Syrern und von 300.000 Irakern in Jordanien aus. Ein Teil lebt als Gastarbeiter im Land, ein Teil lebt als Flüchtling. Das bringt bei einer Bevölkerung von 6,5 Millionen ein Land wie Jordanien an die Grenze seiner Handlungsfähigkeit. Wenn wir nicht wollen, dass der Konflikt in Syrien den gesamten Nahen Osten destabilisiert, müssen wir Jordanien unterstützen, und das werden wir auch ganz konkret tun.

Dank Nordrhein-Westfalens Unterstützung lernen die Flüchtlinge ein Handwerk, um sich eine berufliche Existenz aufzubauen. Nordrhein-Westfalen fördert Berufsbildungen in Solarfachbereichen. Hiesige Lehrkräfte der Fachhochschulen für die öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen fliegen in einer Woche zum Polizeiaustausch nach Amman, um sich mit den jordanischen Kollegen über Sicherheitsfragen auszutauschen. Wir wollen und werden dazu beitragen, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Und wir wollen und werden Jordanien zeigen, dass wir das Land in der Krise nicht alleine lassen – aus humanitären Gründen, aber auch aus eigenem Interesse. Denn nur wenn die Menschen nahe der Heimat eine Perspektive finden, wird der Migrationsdruck nach Europa sinken. Unser Engagement in Jordanien wollen wir deshalb in den kommenden Jahren gezielt ausbauen.

Die neue Landesregierung bekennt sich ausdrücklich zu der erfolgreichen Partnerschaft mit Ghana, die Ministerpräsident Laschet vor zehn Jahren in seiner damaligen Funktion als Integrationsminister maßgeblich initiiert hat. Wir wollen diese Kooperation gemeinsam mit der Zivilgesellschaft weiter ausbauen und in die Zivilgesellschaft weiter investieren. Verstärkt soll dabei auch das wirtschaftliche Potenzial der Kooperation in den Fokus rücken, denn die Unterstützung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung ist immer noch der wertvollste Beitrag, den wir in Ländern wie Ghana leisten können.

Der Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit ist angesichts der globalen Probleme und Flüchtlingsproblematik in der jüngsten Vergangenheit gewachsen. Nordrhein-Westfalen wird seine begrenzten finanziellen Ressourcen für die Ein-Welt-Politik zielgerichtet einsetzen. Das gilt für unsere Auslandsarbeit ebenso wie für die Entwicklungsarbeit im Inland, die wird, getragen von den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen über Nordrhein-Westfalen auch auf hohem Niveau fortsetzen wollen.

Unser Land ist, wie Sie wissen, von allen Bundesländern das Land mit der längsten entwicklungspolitischen Tradition. Nicht nur unsere Auslandsarbeit, sondern auch unsere Aktivitäten auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit sind dabei ein wichtiger Baustein und ein Markenkern. Um nur einige Beispiele aufzuzählen: Das Promotorenprogramm gilt deutschlandweit als herausragendes strukturell wirksames Projekt der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit mit mittlerweile bundesweiter Vorbildfunktion.

Bewährt haben sich aber auch kleinere Programme wie der konkrete Friedensdienst NRW. Er lässt junge Menschen aus Nordrhein-Westfalen durch Arbeitseinsätze in den Entwicklungsländern zu wichtigen Multiplikatoren des Eine-Welt-Gedankens werden.

Wichtig für das internationale Profil des Landes ist aber auch der internationale Standort Bonn. Die Bundesstadt ist der einzige UN-Standort in Deutschland. Sie ist der zentrale deutsche Standort der Nachhaltigkeit und internationaler Wissenschaftsstandort. NRW hat die erfolgreiche Entwicklung des Standortes in enger Zusammenarbeit mit der Bundesregierung sowie der Stadt Bonn von Beginn an kontinuierlich unterstützt, zum Teil durch eigene Beiträge, um die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Ansiedlung und den Ausbau der Infrastruktur für das internationale Konferenzgeschäft zu verbessern.

Zurzeit beteiligen wir uns aktiv an der Ausrichtung der UN-Klimakonferenz im November in Bonn. Gleichzeitig machen wir uns gemeinsam mit dem Bund und der Stadt dafür stark, dass die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA nach ihrem Abzug aus London eine neue Heimat in Bonn findet.

Zusammenfassend möchte ich Ihnen sagen: Die Internationalität Nordrhein-Westfalens liegt dem Ministerpräsidenten am Herzen. Sie liegt auch mir am Herzen. Ich freue mich, viele Gleichdenkende, Gleichfühlende unter Ihnen, den Abgeordneten und den Bürgern dieses Landes zu finden. Ich freue mich auf die Diskussion, freue

mich auf die Zusammenarbeit bei dem Finden des besten Weges in diesem Ausschuss. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Dietmar Brockes bedankt sich für den umfangreichen Bericht. Es sei deutlich geworden, wie umfänglich und vielfältig die Arbeit im Bereich Europa und Internationales in den nächsten Jahren sein werde. Er freue sich auf die Arbeit. Die Aussprache werde in der kommenden Sitzung stattfinden.

Rüdiger Weiß (SPD) bittet den Minister, seinen Vortrag den Fraktionen in schriftlicher Form zu übersenden.

Da der Punkt Verschiedenes fehle, kündige er an, dass seine Fraktion für die nächste Sitzung den Bericht über den Brexit-Beauftragten einfordere. Seine Fraktion werde Fragen vorbereiten, die dem Minister zugeleitet werden sollten, sodass dieser Punkt in der nächsten Sitzung behandelt werden könne.

Vorsitzender Dietmar Brockes betont, es wäre sehr hilfreich, wenn der Bericht nachgereicht werden könne. Inwieweit der Punkt Verschiedenes jeweils aufgenommen werden sollte, darüber könne in der Obleuterunde noch einmal gesprochen werden.

2 Stand der Partnerschaft zwischen der Woiwodschaft Schlesien, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Region Hauts-de-France (Regionales Weimarer Dreieck)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/174

Vorsitzender Dietmar Brockes gibt an, auf Antrag der grünen Fraktion stehe dieser Punkt auf der Tagesordnung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe hierzu einen schriftlichen Bericht angefordert. Er sei leider erst am Vorabend den Obleuten zugesandt worden. Er habe eben erfahren, dass dies ein einmaliges Missverständnis gewesen sei. Er lege Wert darauf, dass, so wie es mit der Landesregierung vereinbart worden sei, angeforderte Berichte auch drei Tage vor einer Sitzung dem Ausschuss zugestellt würden.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEM) trägt vor:

Ich bin für die Anfrage dankbar, weil sie mir Gelegenheit gibt, zu dem Thema etwas zu sagen. Wie der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gesagt hat, steht die neue Landesregierung für die Kontinuität in den internationalen Beziehungen Nordrhein-Westfalens. Dies findet seinen Ausdruck auch im Koalitionsvertrag, in dem das Ziel formuliert wird, die bestehende Kooperation mit Schlesien und der Region Hauts-de-France im Rahmen des „Regionale Weimarer Dreiecks“ im Dialog mit den Partnern weiterzuentwickeln.

Seit 2001 sind die Regionen durch eine trilaterale Erklärung zur Zusammenarbeit im „Regionalen Weimarer Dreieck“ partnerschaftlich verbunden. 2016 gab es eine Territorialreform. Die drei Regionen haben viele Gemeinsamkeiten. In ähnlicher Weise wurden sie durch die Montanindustrie geprägt und stehen heute vor der Herausforderung des Strukturwandels. Bedingt durch die ehemalige und neuere Arbeitsmigration gibt es auch viele familiäre und zivilgesellschaftliche Verbindungen. Es gibt 64 Städtepartnerschaften und eine sehr enge und gute Zusammenarbeit.

2014 wurde eine neue trilaterale gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit mit Nord-Pas-de-Calais und Schlesien mit einer Laufzeit von drei Jahren unterzeichnet, was vor allem der Tatsache Rechnung tragen sollte, dass Polen spätestens seit der EU-Mitgliedschaft im Jahre 2004 einen gleichberechtigten Status neben den beiden anderen Partnerregionen hat.

Als zentrale Kooperationsfelder wurden der wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Strukturwandel in der Region und die Jugendmobilität sowie regionale Kulturprojekte vereinbart. Die Zusammenarbeit findet seit mehreren Legislaturperioden, ungeachtet der regierungstragenden Mehrheiten im Landtag, auf sehr vielen Ebenen mit vielen Akteuren und in festen Formaten statt.

Seit 2001 wird jährlich abwechselnd in drei Regionen ein einwöchiger sogenannter „Jugendgipfel“ organisiert, an dem in der Regel insgesamt 45 Jugendliche im Alter

zwischen 17 und 23 Jahren aus den drei Partnerregionen teilnehmen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erarbeiten gemeinsame Positionen zu aktuellen europäischen Themen, diskutieren diese mit den politischen Vertretern der drei Regionen. Der „Jugendgipfel“ fand zuletzt turnusmäßig 2016 in Nordrhein-Westfalen statt „Flucht und Vertreibung – gestern und heute“. Es wurde von allen Beteiligten als ein intensives und gewinnbringendes Erlebnis empfunden, vor allem auch wegen der praktischen Arbeit mit Flüchtlingen. Dies gilt nicht zuletzt für die polnischen Jugendlichen, für die es das erste Zusammentreffen mit muslimischen Flüchtlingsfamilien war.

Turnusgemäß war in diesem Jahr unsere französische Partnerregion Hauts-de-France mit der Ausrichtung des Jugendgipfels befasst. Jedoch wurde nach einer Termin- und Themenänderung das Treffen des Jugendgipfels kurzfristig abgesagt. Um eine adäquate Alternative anzubieten, wurde seitens der Staatskanzlei mit den bereits rekrutierten Jugendlichen aus Nordrhein-Westfalen eine „Jugendbildungsreise Europa“ nach Brüssel und nach Lille, inklusive Empfang im dortigen Regionalrat, organisiert.

Im Jahre 2011 wurde zwischen den drei Partnerregionen vereinbart, die Zusammenarbeit durch jährlich alternierend stattfindende Veranstaltungen zur Industriekultur und einem Kulturprojekt zu verfestigen. Bei der Industriekultur bildete der Schwerpunkt dabei der Erfahrungsaustausch von Experten auch im Rahmen des europäischen Netzwerkes „Europäische Route der Industriekultur“. Ziel war die Entwicklung von Strategien zur Neu- und Umnutzung von altindustriellen Flächen und Industriedenkmalern zur touristischen In-Wertsetzung und Vermarktung für das industrielle Erbe wie beispielsweise die Bewerbung von Zeche Zollverein, die auch zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört.

Ziel des dritten Formats im Bereich der Kultur ist es, die kulturellen Netzwerke zwischen den drei Regionen gezielt zu stärken und zu erweitern. 2017 war Nordrhein-Westfalen Gastgeber für das Projekt der kulturellen Zusammenarbeit mit dem Kreis Mettmann als durchführende Partner. Das turnusgemäß alle zwei Jahre stattfindende Straßentheater-Festival „neanderland BIENNALE“ in den 19 Gemeinden des Kreises hat sich zum Ziel gesetzt, die Zusammenarbeit mit Polen und Frankreich und auch mit unseren Partnerregionen in den Mittelpunkt zu stellen. Das Festival mit 20 Auftritten von deutschen, polnischen und französischen Theatern hat vom 23. Juni bis 23. Juli dieses Jahres unter dem Titel „Neue Ufer“ stattgefunden. Es wurde neben anderen Sponsoren vom NRW-Kultusministerium und der Staatskanzlei gefördert.

Noch gibt es keine abschließende Auswertung, aber es ist schon klar, dass es ein großer Publikumserfolg war und auch die angedachte Kooperation mit Straßentheatern in Polen und Frankreich erfolgreich weitergehen wird. Vor allem ist es aber ein sehr gutes Beispiel für das Engagement der Zivilgesellschaft, die Kommunen, Schulen, Musikschulen, Vereine arbeiten zusammen.

Wie es weitergeht? Es gibt zwischen den drei Partnerregionen bereits eine generelle politische Übereinkunft im Jahre 2017, die diese trilaterale Vereinbarung zur Zusammenarbeit im Regionalen Weimarer Dreieck erneuern und fortsetzen soll.

Notwendig sind hierzu weitere fachliche Absprachen zu Inhalten, Zeitrahmen, Budget und Formaten. Ich will offen skizzieren, welche Probleme uns da gegenüberstehen. Problematisch ist derzeit insbesondere die Zusammenarbeit mit der Hauts-de-France. Die Region befindet sich nach wie vor im politischen wie auch organisatorischen Umstrukturierungsprozess, sodass bisher noch nicht an die intensive Zusammenarbeit der Vergangenheit angeknüpft werden kann und sich offenbar auch politisch der Fokus verschoben hat.

Staatssekretär Dr. Speich wird deshalb am 12./13. Oktober seine erste Dienstreise nach Lille antreten, wo er mit den Verantwortlichen der Region für die internationale Zusammenarbeit und weiteren Akteuren zusammentreffen wird, um die weitere bilaterale und auch trilaterale Zusammenarbeit zu besprechen und das Interesse Nordrhein-Westfalens an einer Fortsetzung der hervorragenden Zusammenarbeit zu betonen.

Mit Schlesien dagegen läuft es sehr gut. Die Partnerschaft ist geprägt von einer regen Besuchstätigkeit sowie von einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit vor allen Dingen auf den Feldern Energie, Umweltschutz, Industriekultur, Inklusion und Kultur. Turnusgemäß war Schlesien 2016 Ausrichter des Kulturprojekts im Regionalen Weimarer Dreieck. Die Umsetzung, in diesem Fall die Eröffnung einer Ausstellung dreier Künstler aus den drei Partnerregionen im Schlesischen Museum in Kattowitz, ist für den 19. Oktober geplant. Staatssekretär Dr. Speich wird seine zweite Auslandsreise nach Schlesien antreten, um aus diesem Anlass Gespräche mit den polnischen Vertretern der beiden Partnerregionen zur Klärung der weiteren Zusammenarbeit zu führen.

Ich denke, dass alle drei Regionen nach wie vor viel voneinander lernen können, wie den wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Herausforderungen des Strukturwandels begegnet werden kann. Dies wird auch in Zukunft die gemeinsame Kooperation bestimmen.

Aus Sicht der Landesregierung ist die interregionale Zusammenarbeit – gleiches gilt für die interkommunalen Beziehungen wie Städtepartnerschaften und andere interkommunale Netzwerke – nicht nur ein wichtiger stabilisierender Faktor in der bilateralen Beziehung zwischen Deutschland, Frankreich und Polen, sondern vor allem ein unverzichtbarer Bestandteil der europäischen Integration.

Ich möchte Sie als Mitglieder des Ausschusses sowie die Freundschaftsgruppen des Landtags, die sich meines Wissens noch bilden werden, gerne einladen, diese wichtige europäische Kooperation aktiv mitzugestalten.

Erlauben Sie mir eine persönliche Anmerkung, dass in Zeiten – das gilt für alle Partnerländer –, in denen die Beziehungen schwierig werden, den freundschaftlichen Kontakten der Zivilgesellschaft eine ganz besondere Bedeutung bekommen. Gerade dann, wenn es schwierig wird, sollte man Freunde nicht alleine lassen.

(Beifall)

Johannes Remmel (GRÜNE) bedankt sich für den Bericht. Minister Holthoff-Pförtner habe gesagt, dass Staatssekretär Dr. Speich sowohl nach Lille als auch nach Kattowitz

fahre. Er bitte, dem Ausschuss die entsprechenden Gesprächsergebnisse im Nachgang zu übermitteln, insbesondere was die Weiterführung der Partnerschaft angehe. Das wäre eine sinnvolle Ergänzung des Berichtes.

Er sei bislang nicht in den Historien dieses Ausschusses unterwegs gewesen, habe sich auch nicht sachkundig gemacht. Möglicherweise stoße er etwas an, was gang und gäbe sei. Die Frage sei, ob sich dieser Ausschuss in irgendeiner Weise an der Festigung der partnerschaftlichen Beziehungen beteilige, beispielsweise durch einen Austausch auf der Parlamentarier Ebene sowohl mit der Region Hauts-de-France als auch Schlesien. Er meine, dass sich das Thema „Klimaschutz“ dazu sehr eigne. In diesem Jahr habe die Klimaschutzkonferenz in Bonn stattgefunden, im letzten Jahr in Paris, woran auch Lille erheblich beteiligt gewesen sei. Im nächsten Jahr finde die Klimakonferenz in Kattowitz statt. Insofern wäre das eine Gelegenheit, auf der Parlamentarier Ebene die Partnerschaft zu vertiefen. Er wisse nicht, ob das kurzfristig zu organisieren sei. Vielleicht könne der Staatssekretär da mal vorfühlen.

Vorsitzender Dietmar Brockes erwidert, das halte er für einen sehr guten Vorschlag. Er habe in der vergangenen Woche noch Gespräche mit dem Landtagspräsidenten geführt, wo er die Bereitschaft des Ausschusses deutlich gemacht habe, auch einen eigenen Beitrag zu bringen, um die Beziehungen Nordrhein-Westfalens in allen Bereichen zu verstärken. Er denke, dass das Weimarer Dreieck ein ganz wichtiger Punkt sei, bei dem auch der Ausschuss seinen Beitrag leisten könne.

Über den konkreten Vorschlag sollte man in der Obleuterunde sprechen. Er habe letztes Mal bereits ausgeführt, dass dem Ausschuss ein Budget zur Verfügung stehe, um solche Reisen durchzuführen. Es mache sicher Sinn, wenn der Staatssekretär nach seinen Reisen in die beiden Partnerregionen dem Ausschuss anschließend darüber berichte und man dann schauen könne, wo der Part der Ausschusses sein könne, wo er unterstützend tätig werden könne.

gez. Dietmar Brockes
Vorsitzender

17.10.2017/15.01.208

150